

Finanzpolitik aus Verantwortung für Bonn

„Wenn Du ein Schiff bauen willst, dann trommle nicht Männer zusammen um Holz zu beschaffen, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ (Antoine Saint-Exupéry)

1. Haushaltskonsolidierung gelingt nur mit den Bürgern, nicht gegen sie. Schwarz-Grün in Bonn hat sich der breiteren Bürgerbeteiligung durch Vertagungen und Verweisungen verweigert. Damit sind wichtige Potenziale zur Haushaltskonsolidierung, die in der Bürgerschaft schlummern, ungenutzt geblieben.
2. Haushaltskonsolidierung gelingt aber auch nur dann, wenn der Nutzen, das Ziel herausgestellt wird. Alleine das Schwingen eines abstrakten „Nothaushalt“-Hammers oder Hinweise auf Eingriffe des RPs überzeugen die Bürgerinnen und Bürger nicht.
3. Die Finanzlage der Stadt Bonn ist zumindest zu 50 % Ergebnis der Steuergesetzgebung von Bund und Land; weitere Belastungen stammen aus der Leistungsgesetzgebung von Bund und Land, die den Kommunen weitere Belastungen aufzwingen.
4. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn hat daher mit ihrer Resolution zur Bildung eines kommunalen Rettungsschirms – die am 20. Mai im Finanzausschuss einstimmig beschlossen worden ist – deutlich gemacht, dass die Kommunen Hilfe von außen benötigen. Der Glaube, dass eine Kommune die Probleme mit eigenen Mitteln lösen kann, weist einen Irrweg und führt zum „Kaputtsparen“ gewachsener – und notwendiger – Strukturen in einer Stadt.
5. Seit Einbringung des Haushaltes im Februar 2010 hat es weitere Verschlechterungen gegeben: € 16 Mio sind durch den schlechteren Jahresabschluss 2009, Tarifsteigerungen und andere Faktoren hinzugekommen. Darüber hinaus haben die Steuerschätzungen Korrekturen für die nächsten drei Jahre in Höhe von insgesamt € 19 Mio erforderlich gemacht. Diese Verschlechterungen sind alle durch haushaltspolitische Maßnahmen aufgefangen worden. Dies zeigt – die Lage erfordert Mut und Respekt, sie darf aber auch nicht zu Panik führen.
6. Für 2010 ist mit einer Steuernachzahlung von € 10 Mio zu rechnen. Darüber hinaus wird die vorläufige Haushaltsführung in 2010 zu deutlich reduzierten Mittelabflüssen 2010 und zu einem besseren Jahresergebnis führen. Diese Mehreinnahmen können als „Bugwelle“ in die nächsten Jahre übertragen werden und ermöglichen damit eine sanftere Konsolidierung.
7. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn kritisiert ausdrücklich, dass die Konsolidierungsliste der Verwaltung auch Maßnahmen enthält, die für Sozialdemokraten zum unverzichtbaren Bestandteil des sozialen und neuen Bonns gehören. Zuvorderst sind hier zu nennen die Streichung des Bonn-Ausweises und der Stopp zum Ausbau von Kinderbetreuung und Schulsanierung. Diese Maßnahmen werden von der SPD ausdrücklich abgelehnt.
8. Zur Konsolidierung der städtischen Finanzen hat die SPD-Fraktion ein umfangreiches Paket zur Reduzierung von Ausgaben und zur Steigerung von Einnahmen auf den Weg gebracht. Diese Anträge sind im Finanzausschuss bis auf wenige, aber finanzintensive, Ausnahmen beschlossen worden:

- Städtische Leistungen werden auf kommunale Unternehmen übertragen (Bäder, Parkraumbewirtschaftung, Ankauf von Grundstücken aus Entwicklungsmaßnahme Regierungsviertel)
 - Städtische Kostenfresser werden aufgegeben (Stadthaus)
 - Die Vergnügungssteuer wird um die so genannte „Sexsteuer“ ergänzt.
 - Die Parkgebühren werden für das oberirdische Parken erhöht.
 - Eine Kulturförderabgabe wird eingeführt, um die Einnahmeverluste durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu kompensieren.
 - Die Einnahmen, die durch kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum erzielt werden, sollen durch bessere Verträge erhöht werden.
 - Bürgerschaftliches Engagement soll mit einer Bürgerdividende vergütet werden
9. Die benannten Spielräume wollen wir nutzen für die folgenden Änderungsvorschläge in 2010:
- Der Ausbau der Plätze zur U-3-Betreuung wird fortgesetzt.
 - Einem Wegfall der Lernmittelfreiheit für Schüler aus Bedarfsgemeinschaften nach SGB II, von gering Verdienenden mit Bonn-Ausweis und von Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz werden wir nicht zustimmen.
 - Alle Kinder mit Bonn-Ausweis in Kinderbetreuungsmaßnahmen erhalten ein kostenloses Mittagessen.
 - Die Stadtwerke werden auch weiter unterstützt.
 - Die VEBOWAG wird nicht durch einen Zwang zur Dividendenausschüttung in ihrer Arbeit für eine sozial gerechte Wohnungspolitik belastet
 - Die Förderung der so genannten freien Kultur wird gegenüber der Sparliste der Verwaltung angehoben
 - Die Budgets der Bezirksvertretungen werden angehoben, um bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen
 - Schulwegsicherung und Radwegeunterhaltung werden finanziell stärker als vorgesehen gefördert
 - Darüber hinaus fordern wir, dass die Vorbereitung zur Sanierung und Erweiterung der Berufskollegs und der Theodor-Litt-Schule im Rahmen des Wirtschaftsplans SGB getroffen werden.
10. Für die Jahre 2011 ff wiederholen wir unsere Forderungen:
- Der Bonn-Ausweis bleibt erhalten
 - Die kommunalen Zuschüsse für die Förderung der OGS plus bleiben erhalten
 - Die Kosten, die durch die Umsetzung der Inklusionsbestrebungen entstehen, müssen im Haushalt bedacht sein.
 - Der Zuschuss an das SGB zur Durchführung von Schulsanierung, energetischen Sanierung und Modernisierung der städtischen Infrastruktur wird wieder angehoben.
 - Der Privatisierung kommunaler Arbeitsplätze erteilen wir eine klare Absage.
11. Von der Zustimmung der Ratsmehrheit zu den Punkten 9. und 10. macht die SPD-Fraktion ihre Zustimmung zum Gesamthaushalt abhängig.